

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. wöchentlich 10 Pf. Alle Postkonten, Postträger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, wie Krieg oder sonstigen Verhinderungen besteht kein Anspruch auf Verrechnung der Zeitung ohne Abrechnung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Normzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 56 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 7. März 1932

Genfer Verlegenheiten.

Auf Kosten des armen Völkerverbundes Wijs zu machen, ist heute leichter und billiger als in all den bisherigen Zeiten seines Bestehens. Wir Deutsche haben wenigstens noch eine unstreitbare Berechtigung dazu, über ihn zu spotten; es ist überflüssig, über das Warum dieser Verächtlichmachung nur ein Wort zu verlieren, denn das Memelland, Oberschlesien, deutsch-österreichische Zollunion, Minderheitenverfolgung und noch sonstige Geschehnisse sprechen darüber schon laut genug. Wir Deutsche sind auch durchaus der ebenso berechtigten Meinung, daß die Kette solcher Geschehnisse durchaus noch nicht zu Ende ist, sondern daß ihr allein schon die Abrüstungskonferenz ein paar neue groteske Glieder anhängen wird. Darüber hat die Rede Tardieu vor dem Auswärtigen Ausschuss der französischen Deputiertenkammer eine so unabweisende Klarheit gebracht, daß man wirklich nicht mehr weiß, was aus der ganzen Konferenz nun eigentlich werden soll. Denn wenn auf der einen Seite Tardieu erklärt, eine Abrüstung oder selbst nur ein Abstoppen der Rüstungsverstärkung könne es nur dann geben, wenn der Völkerverbund zum „Gendarmen“ gemacht und dadurch eine unbedingte „Sicherheit“ für Frankreich gewährleistet könne, andererseits aber das deutsche Verlangen feststeht, dem Völkerverbundstatut gemäß müsse die Aufrechterhaltung des Friedens zu einer Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß führen, — so hat hierbei schon Tardieu mit seiner Behauptung recht, daß sich „die deutsche und die französische These diametral gegenübersehen“!

Und wenn er außerdem die deutschen Abrüstungsvorschläge einfach und ohne weiteres als eine ganze Reihe von Revisionsforderungen gegenüber den Versämler Bestimmungen bezeichnet und darin die Begründung für ihre Ablehnung sieht, so hat er damit zwar nicht recht, aber er hat die Macht dazu, auch hier wieder unverblümt das Gegenübersehen der deutschen und französischen „Thesen“ zu unterstreichen. So daß es nur eine Schlussfolgerung aus der gesamten Haltung Tardieus ist, wenn er nochmals bemerkt, Frankreich werde es auf keinen Fall zugeben, daß die Folgen der Konferenz sich für irgendeinen Staat in einer Artkränkung ausdrücken könnten.

Anderes hat ja wohl in Deutschland niemand erwartet. Und bei diesem Punkte vermögen wir allerdings keinerlei Spottlust aufzubringen. Es fehlt dem Völkerverbund eben die innere Möglichkeit, das ihm vor dreizehn Jahren gesteckte Ziel der allgemeinen Abrüstung zu erreichen. Ebenso wie ihm die äußere Möglichkeit fehlt, einem wehrkräftigen Friedensbrecher in den Arm zu fallen. In jenem mangelt es ihm an Willen, zu diesem an Macht. Aber trotzdem hat er nicht den offenen Hohn verdient, mit dem er sich vom japanischen Delegierten behandeln ließ. Was bisher der Konferenzsaal des Völkerverbundes noch nicht hörte, ein Wort, das man hinsichtlich des japanisch-chinesischen „Konflikts“ auszusprechen aufs ängstliche verniedrigt, drang jetzt unbekümmert über die Lippen des Japaners in die Öffentlichkeit hinaus: das Wort „Krieg“! Und der Satz, in dem dieses Wort fiel, hat auch die bisherigen Ereignisse im Fernen Osten als „Krieg“ bezeichnet. Die Völkerverbundversammlung quittierte darauf mit ein „lebhaften Bewegung“, aber diplomatisch unversenkbar Gemüter in aller Welt werden diese „Bewegung“ kaum verheeren, es sogar billigen, daß schwarz endlich einmal als Schwarz bezeichnet wird.

Ein „falscher Jungenschlag“ des Japaners war jene Äußerung bestimmt nicht, sondern eher der Ausdruck einer inneren Verachtung, die das „Reich der aufgehenden Sonne“ gegenüber diesem Völkerverbund der weißen Rasse hegt, weil er ja nie einen entschlossenen Willen zur Tat aufgebracht hat, höchstens einen solchen gegen Wehrlose. Den blutigen Spott kann sich Japan denn auch leisten, weil es weiß, daß nur eine Entschließung in Genf die Antwort war und auch jetzt wieder ist. Ein zweiter Friede von Schimonoseki, wie ihn drei europäische Großmächte 1895 den gegen China fliegenden Japanern aufzwangen und der dem Mikadoreich wesentliche Früchte dieses Sieges entriß, wird den Japanern niemals wieder bittet werden, so allerlei vom Völkerverbund. Die erste „Tafel“ Rahe, die sie genommen haben, war auf Deutschland gerichtet, indem Tokio für das Ultimatum an uns im August 1914 den Wortlaut jenes anderen Ultimatus kopierte, das neunzehn Jahre zuvor jene Großmächte — unter ihnen leider auch Deutschland — den Japanern überreicht hatten. Von Ausfall sollten sie sich schon zehn Jahre nach Schimonoseki das damals wieder verlorene Port Arthur zurück, — und jetzt stehen sich an der nord-mandschurischen Grenze Russen und Japaner wieder schwerbewaffnet einander gegenüber! Schon sagt man sich ganz undiplomatisch allerhand „Wahrheiten“.

Es sieht schlecht um den Weltfrieden, schlechter noch um den Völkerverbund!

Der Donauebundplan.

Endlich wird Berlin unterrichtet. Amtlich wird mitgeteilt: Der französische Botschafter gab dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Erklärungen über die französischen Absichten betreffend Hilfsmaßnahmen für die Donauländer ab und überreichte ihm eine Denkschrift, in der die Erwägungen der fran-

Groener an Hitler.

Ein offener Brief des Reichsinnenministers an Hitler.

Ein offener Brief des Reichsinnenministers an Hitler. Reichsminister Dr. Groener hat an den Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, folgenden offenen Brief gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Hitler! Sie haben am Sonntag, dem 28. Februar 1932, Vertreter der ausländischen Presse empfangen, um ihnen den Inhalt eines Briefes an den Herrn Reichspräsidenten mitzuteilen, der erst mehrere Stunden nach diesem Empfang in die Hände des Adressaten gelangt ist. Die Würde des deutschen Staatsoberhauptes gebietet, die persönliche Beantwortung eines Schreibens zu verweigern, das nur formell an seine Adresse gerichtet war, praktisch aber einer an das Ausland gerichteten Propaganda dienen sollte.

Die Dinge, die Sie vorgebracht haben, erfordern aber eine öffentliche Antwort.

Sie haben in dieser Kundgebung gegenüber der ausländischen Presse einen Appell an den Reichspräsidenten gerichtet, in die Handhabung der Maßnahmen einzugreifen, die die Regierungen des Reiches und der Länder zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung während des Wahlkampfes zu treffen haben. Sie erwarten vom Generalfeldmarschall von Hindenburg, daß er hierbei mit Rücksicht auf seine persönliche Kandidatur die ihm als Reichspräsidenten gegebenen Rechte zur Anwendung bringen solle. Ihr Appell an die „Prinzipien der Ritterlichkeit“, den Sie damit verbinden, veranlaßt mich zu der öffentlichen Klarstellung, daß der Versuch, einen Mann, der sieben Jahre lang ein bewundernswürdiges Zeugnis seines Bemühens um objektive Amtsführung abgelegt hat, in Gewissenskonflikt zwischen Amtspflicht und persönlicher Loyalität zu bringen, meinem Empfinden von Ritterlichkeit widerspricht. Ich hätte jedenfalls erwartet, daß die persönliche Behandlung, die Ihnen noch vor wenigen Monaten durch den Herrn Reichspräsidenten zuteil geworden ist, an den Methoden Ihrer Wahlpropaganda nicht spurlos vorübergehen würde.

Zu einzelnen Ihrer Beschwerden habe ich folgendes zu bemerken: Als Reichsinnenminister bin ich für die

Sicherung der Wahlfreiheit verantwortlich. Wahlfreiheit bedeutet die Sicherung der freien Wahlentscheidung des einzelnen Staatsbürgers gegenüber Versuchen, durch Terror und Zwang eine Wahlbeeinflussung auszuüben. Wahlfreiheit bedeutet aber nicht einen Freibrief für alle Ausschreitungen im politischen Kampf. Ihr Hinweis auf eine angebliche Verfassungsverletzung durch die Besetzung von Ämtern während des Wahlkampfes geht an dem klaren Sinn des Artikels 125 der Reichsverfassung vorbei.

Sie rufen den Schutz des Reichspräsidenten an gegen

Wahlaufsatz der SPD. in denen die Befürchtung ausgesprochen wird, daß Ihre Wahl Krieg und Bürgerkrieg und die Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten zur Folge haben könne. Vergleicht man diese dunklen Prophezeiungen mit den

zünftigen Regierung über die Möglichkeiten einer Überwindung der im Südosten Europas bestehenden wirtschaftlichen Notlage niedergelegt sind.

Dieselbe Niederschrift, die ebenso wie die deutschen Erwägungen von den Vorarbeiten des Finanzausschusses des Völkerverbundes ausgeht, ist auch den anderen interessierten Großmächten in diesen Tagen überreicht worden. Sie will nicht als ein fertiger Vorschlag angesehen werden, sondern als Betrachtungen über die einzuschlagenden Wege und über die gegebenen Möglichkeiten.

Der französische Botschafter brachte den Wunsch seiner Regierung zum Ausdruck, daß Deutschland sich an den Arbeiten zur Herbeiführung einer besseren wirtschaftlichen Organisation für den Südosten Europas beteiligen möge.

Die Tschechoslowakei bekommt eine Anleihe.

Die Französische Kammer hat sich mit der 600-Millionen-Anleihe für die Tschechoslowakei beschäftigt und nach längerer Aussprache den am 3. März in Paris abgeschlossenen Vertrag zwischen der Französischen und der tschechoslowakischen Regierung mit 325 gegen 20 Stimmen angenommen.

Tardieu unterstrich, daß der Tschechoslowakische Staat seit seiner Gründung ein Muster der Finanzpolitik gewesen sei. In letzter Zeit hätten sich die finanziellen Verhältnisse allerdings verschlechtert, da die Tschechoslowakei wegen ihrer Haltung in der Anschlussfrage Zwangsmaßnahmen ausgeführt gewesen sei. Es gebe wenige Länder, die Frankreich so zu schützen verpflichtet sei wie die Tschechoslowakei.

Aufrufen und Kundgebungen, die Ihre Partei seit Jahr und Tag über ihre Gegner in Deutschland verbreitet hat, so kann die mit einem Male gezeigte Empfindlichkeit nur Verwunderung auslösen. Ich bin zwar kein politischer Propagandist, aber ich möchte doch annehmen, daß es für Sie ein einfaches Mittel gäbe, sich selbst gegen die Ihnen unberechtigt erscheinenden Beschränkungen zu wehren, — nämlich endlich einmal die klare Hervorhebung Ihrer positiven Ziele, um damit die erste Sorge Millionen Deutscher um die Entwicklung unserer Außenpolitik und die in späterer Zukunft liegenden Gefahren einer bolschewistischen Entwicklung zu zerstreuen. Sie nehmen mit Recht für sich in Anspruch, daß der Wahlkampf

auch gegen Ihre Person ritterlich geführt werde.

Ich zögere deshalb nicht, auf Grund der von Ihnen vorgelegten Bescheinigung der österreichischen Behörden in Linz die Behauptung, Sie seien österreichischer Deserteur gewesen, als unrichtig zu bezeichnen. Ich stelle auch mit Befriedigung fest, daß der Abgeordnete Dr. Goebbels in einem an mich gerichteten Briefe von der Absicht einer Beleidigung des Herrn Reichspräsidenten durch seine Äußerung im Reichstag weit abgerückt ist. Dies ändert nichts an der Tatsache, daß seine Worte in jener Reichstagsitzung nicht anders verstanden werden konnten, als ich es getan habe. Ich bedauere, daß Dr. Goebbels nicht die erste Gelegenheit dazu benützt hat, aus freiem Antrieb eine Erklärung abzugeben, die unter dem Ausdruck des Bedauerns seine Worte zurücknahm und die mich der Pflicht zu meiner Erklärung im Reichstage entbunden hätte.

Abgesehen von diesem Einzelfall muß ich doch feststellen, daß in der von Ihnen betriebenen Propaganda die unangreifbare Persönlichkeit des Reichspräsidenten

von Hindenburg immer wieder durch eine völlig entstellte Darstellung der Träger seiner Kandidatur herabgezogen versucht wird. Ich will den Fall nicht öffentlich aufgreifen, der kürzlich zur Beschlagnahme einer von Ihnen herausgegebenen illustrierten Zeitschrift führen mußte. Aber ich bin es dem Mann, der mit seiner Kandidatur ein tief erschütterndes persönliches Opfer gebracht hat, schuldig, die Wahrheit festzustellen: Hindenburg ist nicht „der Kandidat Crispianus“, ist nicht der Kandidat einer Partei, sondern er ist der Kandidat von Millionen deutschen Arbeitern genau so wie von Millionen Volksgenossen in anderen Ländern.

Es widerspricht den Gepflogenheiten deutscher Tradition, Männer, die ein langes Leben an der positiven Entwicklung der deutschen Geschichte mitgewirkt haben, deren positive Leistungen bereits der Geschichte angehören, ohne weiteres mit denen auf eine Stufe zu stellen, die den Beweis ihrer historischen Bedeutung erst erbringen wollen. Ich werde als Reichsinnenminister dafür sorgen, daß niemand in seiner freien Entscheidung bei der Wahl gehindert wird. Aber ich betrachte es als meine Pflicht als Staatsdiener, mich

schänkend vor die Person des amtierenden Reichspräsidenten zu stellen, und als meine Ehrenpflicht als alter Soldat, über die Ehre und das Ansehen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zu wachen. In diesem Geiste werde ich die gesetzlichen Bestimmungen auch im Wahlkampf handhaben.“

Dieses Land sei die treibende Kraft der Kleinen Entente und habe Frankreich in Genf stets unterstützt. Ebenso diene die Tschechoslowakei als Grundlage für eine bessere Organisation Zentraleuropas.

Kein Einverständnis Englands.

Von zuständiger englischer Stelle wird bestätigt, daß Tardieu England vorher unterrichtet hat, ehe er sich in Genf an die Vertreter Ungarns, Österreichs und der Kleinen Entente mit seinen Donauebundplänen gewandt habe. Die Tatsache, daß die englische Regierung von dieser Absicht Kenntnis genommen hat, sei aber noch keineswegs gleichbedeutend mit einem völligen Einverständnis mit den Tardieu-Plänen in ihrer jetzigen Form.

Mordanschlag auf den Botschaftsrat von Twardowski.

Auf den Botschaftsrat bei der deutschen Botschaft in Moskau, von Twardowski, wurde am der Straße ein Revolveranschlag verübt. Twardowski wurde durch einen Treifschuß am Hals und durch einen Steckschuh in die Hand verletzt. Im ganzen wurden auf den Botschaftsrat vier Schüsse abgegeben. Der Täter, ein sowjetrussischer Staatsangehöriger, wurde verhaftet. Die Beweggründe für die Tat konnten noch nicht festgestellt werden.

Der Volkstommisär für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, sprach im Namen seiner Regierung dem deutschen Botschafter von Dirschen sein Bedauern aus und sicherte strenge und schnellste Untersuchung zu. Der rus-